

Referat Migration und Integration

Postfach 4 20, 79004 Freiburg  
Karlstraße 40, 79104 Freiburg  
Telefon-Zentrale 0761 200-0

## Perspektiven zur Integrationspolitik: Heimat schaffen für alle

Ihre Ansprechpartnerin:  
Dr. Elke Tießler-Marenda  
Telefon-Durchwahl 0761 200-371  
Telefax 0761 200-211  
elke.tiessler-marenda@caritas.de  
www.caritas.de

Datum 23.01.2017

### **Vorwort**

Im Jahr 2017 will der Deutsche Caritasverband mit seiner Kampagne unter dem Titel „Zusammen sind wir Heimat“ zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung über Vorstellungen von Heimat und über das Zusammenleben in Vielfalt anregen. Schon 2008 hatte er sich mit diesen Themen befasst und legte ein Perspektivenpapier zur Migrations- und Integrationspolitik unter dem Titel „Miteinander leben“ vor. Ein zentrales Anliegen war 2008 und ist es noch heute, auf die durch Zuwanderung ausgelösten gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesse zu reagieren, Probleme zu benennen und die Chancen aufzuzeigen. Es sollten und sollen Denkmuster in diesem Sinne verändert werden, um den Integrationsprozess in Deutschland voranzubringen. Die erste zentrale Botschaft des Perspektivenpapiers von 2008 lautete „Heimat schaffen für alle“ und liegt nun knapp 10 Jahre später in einer überarbeiteten Fassung vor.

Der Diskurs und das Lebensgefühl in Deutschland sind auch im Jahr 2017 noch immer stark von einer Unterscheidung zwischen Einheimischen und Zugewanderten geprägt. Das gilt nicht nur für die rechtliche Differenzierung zwischen Ausländer(inne)n und Deutschen, die der Deutsche Caritasverband nicht grundsätzlich in Frage stellt. Es gibt eine starke emotionale Differenzierung auch zwischen Deutschen mit und solchen ohne Migrationshintergrund. Diese Differenzierung kann dann zum Problem werden, wenn damit eine distanzierende Zuschreibung des Nichtdazugehörens verbunden wird und die Bezeichnung „mit Migrationshintergrund“ Menschen in ausgrenzender Weise wie ein Etikett angeheftet wird, das Ungleichheit erklärt und rechtfertigt.

Für ein echtes Miteinander sind politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erforderlich, die das Zusammenleben befördern. Es gilt ein Klima zu schaffen, das geprägt ist von Wertschätzung und Respekt. Es gilt den Blick für das Verbindende zu öffnen und ein Gefühl für das Gemeinsame zu entwickeln. So ist es unabhängig von der Herkunft möglich, sich in Deutschland heimisch zu fühlen. Basis ist das pluralistische Leitbild der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

## Integration heißt: Heimat schaffen für alle

**Der Deutsche Caritasverband setzt sich für ein Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Alle sind aufgefordert, eine Gesellschaft aktiv mitzugestalten, die auf Anerkennung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung setzt und Identifikationsangebote auf der Basis eines pluralistischen und demokratischen Leitbildes macht.**

### 1 Integration beginnt im Kopf

**Deutschland als vielfältige Gesellschaft muss das Trennende in der Bevölkerung zwischen Menschen ohne und Menschen mit Migrationshintergrund abbauen. Es braucht gemeinsam entwickelte Zielvorstellungen, die ein Miteinander aller dauerhaft hier lebenden Menschen unterstützen und die Identifikation mit einem pluralistischen Gemeinwesen zulassen.**

Zuwanderung nach Deutschland hat es zu allen Zeiten gegeben. Die Nachfahren der Hugenotten in Preußen oder von polnischen Einwanderer(inne)n im Ruhrgebiet sind heute ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft. Viele Einwanderer(innen) der vergangenen Jahrzehnte werden hingegen noch nicht als dazugehörig empfunden bzw. empfinden sich selbst nicht so. Deren Zuwanderung wurde lange als temporäres Phänomen angesehen. Integration wurde deshalb vorrangig unter arbeitsmarkt-, sozial- und ordnungspolitischen Kriterien betrachtet. Eine umfassende Integrationspolitik mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe der Eingewanderten am ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Leben Deutschlands zu schaffen, unterblieb ebenso wie die Anpassung von Strukturen und Institutionen an eine sich verändernde Wohnbevölkerung. Integrationsdebatten befassen sich vorrangig mit dem angeblichen Scheitern von Integration, mit vorgeblich oder tatsächlich bestehenden Defiziten und Problemen von Menschen mit Migrationshintergrund wie etwa unzureichenden Kenntnissen der deutschen Sprache. Bemühungen, die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen der Einwanderungsrealität anzupassen, stecken hingegen oft noch in den Kinderschuhen.

Seit Anfang des Jahrtausends hat die Politik die gesamtgesellschaftliche Dimension des Integrationsprozesses zunehmend aufgegriffen. So wurde beispielsweise mit dem Zuwanderungsgesetz von 2004 ein gesetzlicher Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs geschaffen und 2016 ein Integrationsgesetz für Flüchtlinge erlassen. Allerdings konzentrieren sich diese Gesetz weitgehend auf den Spracherwerb als Integrationsmaßnahme. Weitere relevante Aspekte wie Teilhabe und Chancengerechtigkeit und der Blick auf die gesamte Gesellschaft bleiben außen vor. Und bis heute haben nicht alle legal in Deutschland lebenden Menschen einen Anspruch auf einen Integrationskurs. Die flankierende Migrationserstberatung des Bundes ist lediglich eine Soll-Leistung. Nach wie vor ist der Bund gefordert, ein ganzheitliches Integrationsangebot zu entwickeln und vorzuhalten.

Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde 2005 Integration als staatliche Pflichtaufgabe festgeschrieben und das Amt der/des „Ausländerbeauftragten“ durch das der/des Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration ersetzt. Als Zeichen des zunehmenden Bewusstseins für die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Themas ist die Beauftragte mittlerweile als Staatsministerin im Kanzleramt angesiedelt. In den Ländern tragen mittlerweile fast alle zuständigen Ministerien das Wort Integration im Namen. Und in vielen Kommunen sind Integration und die Interkulturelle Öffnung aller kommunalen Einrichtungen Chefsache.

An den Bemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf die Folgen der Einwanderung zu reagieren, beteiligt sich die Caritas aktiv. Bedauerlich ist allerdings, dass die Integrationspolitik Deutschlands noch immer zu wenig teilhabeorientiert und statt dessen zu stark ordnungspoliti-

schen Prinzipien verhaftet ist und mit sektoralen Eingliederungsmaßnahmen auf Problemthemen wie Kenntnisse der deutschen Sprache, Bildung oder Arbeitsmarkt reagiert.

Die genannten strukturellen Verbesserungen konnten ein Kernproblem nicht lösen: die emotionale Distanz. Die Gesellschaft in Deutschland ist stark geprägt von einer Unterscheidung in Deutsche ohne und Menschen mit Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund stellen gegenwärtig etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Unter diesem Sammelbegriff firmieren schwer traumatisierte Flüchtlinge ebenso wie EU-Bürger(innen). Dazu gehören Spätaussiedler(innen) und Eingebürgerte ebenso wie Ausländer(innen), Neuzuwanderer(innen) und in Deutschland geborene oder aufgewachsene Menschen mit Migrationshintergrund: 2015 hatten 36 Prozent der in Deutschland geborenen und lebenden Kinder unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund, bei den Minderjährigen insgesamt lag der Anteil bei 33 Prozent. Bei den unter 6-Jährigen liegt in manchen Großstädten der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 80 Prozent. In Offenbach am Main mit einem sehr hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund sprechen 88,7 Prozent der Kinder in einer Kindertagesstätte eine andere Familiensprache als Deutsch. Diese Zahlen machen deutlich, dass sich nicht die Frage stellt, ob sich Deutschland zu einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt, sondern wie auf diese Tatsache zu reagieren ist.

Deutsche ohne Migrationshintergrund nehmen Menschen mit Migrationshintergrund oft nicht als Nachbar(inne)n, Freunde oder Kolleg(inn)en war, sondern als Problem. Es gibt diffuse Ängste vor kultureller oder ökonomischer Verdrängung, vor „Überfremdung“ und „Gleichmacherei“, aber auch reale Ängste vor der Gewaltbereitschaft von manchen, meist männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und vor terroristischen Anschlägen. Andererseits ist für manche Menschen mit Migrationshintergrund die eigene Rolle in der Familie und in der Gesellschaft ins Wanken geraten. Es werden Ängste vor einem Werteverlust durch Rückzug in die Nische der „eigenen“ Gemeinschaft oder durch starke Religiosität kompensiert. Es gibt aber auch solche, die ganz bewusst ein Leben in der Subkultur führen.

Sehr problematisch ist, dass die Ängste in der Bevölkerung immer wieder instrumentalisiert werden. Sei es durch Bedrohungsszenarien wie die angebliche Zuwanderung in die Sozialsysteme<sup>1</sup> oder vor angeblich gestiegener Kriminalität<sup>2</sup>. Zuletzt führte die massiv gestiegene Zuwanderung von Flüchtlingen einerseits zu großer Hilfsbereitschaft und andererseits zu der Sorge, Deutschland könnte mit deren Aufnahme überfordert sein. Werden solche Sorgen von politischer Seite oder von Medien in populistischer oder effekthascherischer Form aufgegriffen, führt dies bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu Verunsicherung und bewirkt, dass Abgrenzung und Ressentiments hervorgerufen oder verstärkt werden.

Viele Zugewanderte sind mit positiven Erwartungen und Sympathie nach Deutschland gekommen und erleben dann eine geschlossene Gesellschaft, zu der sie keinen Zugang finden können. Diskriminierung und Alltagsrassismus, Vereinfachungen und Stereotype verdeutlichen ihnen ihr Nichtdazugehören. Obwohl rund die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit hat, wird die Bezeichnung „Mensch mit Migrationshintergrund“ oft nur als Synonym für „Ausländer“ benutzt. Eingewanderte und ihre Nachkommen bleiben bei dieser Sichtweise unabhängig von der Staatsangehörigkeit Fremde, denen weniger Rechte zugestanden werden und die nach Bedarf in ein Herkunftsland „zurück“ geschickt werden können.<sup>3</sup> Hier wird die Bezeichnung „mit Migrationshintergrund“ zur Begründung von Distanz und Ausgrenzung. Die Chancen, die darin liegen

---

<sup>1</sup> Seit Jahren kommen verschiedene Studien zum Ergebnis, dass Zugewanderte insgesamt mehr in die Sozial- und Staatskassen einzahlen als sie erhalten, zuletzt: Holger Bonin, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Bertelsmann Stiftung (Hg.), 2014.

<sup>2</sup> Ausführlich: Fact sheet: Kriminalität von Ausländer(inne)n, Download unter: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/fakten-statt-vermutungen>.

<sup>3</sup> In einer Studie von 2016 stimmten 20,4 Prozent der Befragten ganz oder teilweise der Forderung zu, Ausländer(innen) zurück zu schicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden: Zick/Küpper/Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Fridrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn 2016.

können, dass Menschen mit unterschiedlicher Geschichte und unterschiedlichen Hintergründen in Deutschland leben, bleiben ungenutzt.

Trotz der genannten Probleme fühlt sich ein großer Teil der Einwohnerschaft – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – in Deutschland wohl und auch zuhause. Es fehlen aber Visionen, wie die Herausforderungen einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft bewältigt und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt werden kann, das diese Vielfalt aufgreift. Trotz der Bemühungen der letzten Jahre fehlt noch immer ein Gesamtkonzept, das geprägt von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt die Integrationsleistungen der staatlichen Seite sowie die Erwartungen an die Gesellschaft und die Menschen formuliert. Es gilt also ein Gefühl für das Gemeinsame zu entwickeln und politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein echtes Miteinander befördern.

## 2 Heimisch werden

**„Heimat schaffen für alle“ lautet die Aufforderung der Caritas als Angebot für eine vielfältige Gesellschaft. Der Begriff „Heimat“ eignet sich als Synonym für unterschiedliche Vorstellungen von Dazugehören oder Zuhausesein. „Heimat schaffen“ kann gleichermaßen Wunsch und Zielvorstellung des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt sein.**

Mit der Devise ‚Heimat schaffen für alle‘ möchte der Deutsche Caritasverband die Vision einer Gesellschaft verbinden, in der alle, die dies wollen, gemeinsam Zielvorstellungen entwickeln, die ein Miteinander aller dauerhaft hier lebenden Menschen unterstützen.

„Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl“ (Herbert Grönemeyer). Dieses Gefühl entzieht sich wie der Begriff Heimat selbst allen Definitionsversuchen. Heimat ist für jeden etwas anderes, ist vielschichtig in seinen Orts- und Zeitdimensionen. Der Begriff hat eine lange, teils unselbige Geschichte. In den vergangenen Jahren hat er wieder eine positive Konnotation erfahren, nicht zuletzt durch die Wiedervereinigung, die Heimatfilmreihen von Edgar Reitz, Künstler wie den Musiker Herbert Grönemeyer oder auch durch eine entsprechende Themenwoche in der ARD. Für viele bezeichnet das Wort Heimat den Geburts- und auch den Wohnort. Diese Doppelbedeutung wird von Ideen und Projekten aufgegriffen, die geeignet sind, zur Entwicklung von gegenseitigem Verständnis und Gemeinschaftsgefühl beizutragen. Beispielsweise das Projekt „Zweite Heimat Köln“: das Kölnische Stadtmuseum lädt Kölner(innen) mit Migrationshintergrund gezielt ein, die Geschichte und Kultur Kölns kennenzulernen. Unter dem Titel „Zweiheimisch“<sup>4</sup> berichten junge Menschen mit Migrationshintergrund, wie sie zwischen familiären Traditionen und gesellschaftlichen Vorurteilen ihre eigenen Lebensentwürfe in Deutschland umsetzen. In der „Aktion Schulstunde“ denken Schüler und Schülerinnen darüber nach, was Heimatgefühle weckt oder was man gegen Heimweh tun kann.<sup>5</sup> Und bei einer „Begegnung in Lüneburg“ erzählt Shuichi Iwamoto, dass Japan seine erste Heimat sei, Deutschland und Lüneburg seine zweite und das Reich Gottes seine dritte Heimat.<sup>6</sup> Derartige Projekte als Signale der Annahme und der Inklusion befördern das Gefühl des Zusammengehörens.

Integrationspolitik betrifft alle Bewohner(innen) Deutschlands. Es ist auf breiter Ebene über die wirtschaftlichen und über die sozialen, kulturellen, sowie die politischen Folgen von Einwanderung zu diskutieren, um entsprechende zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Es gilt, tradierte Verhaltensweisen, Einstellungen und Denkmuster zu überprüfen. Eine erfolgreiche Integrationspolitik muss sich auch fragen, wie sie mit freiwilliger Segregation umgeht, wie viel bewusstes „Nicht-Heimisch-Sein“ sie verkraftet. Die Ängste davor in Teilen der Bevölkerung heißt es ernst zu nehmen. Es muss aber verdeutlicht werden, dass unsere Gesellschaft abweichendes Verhalten und bewusste Abgrenzung als Ausdruck der Selbstbestimmung aushalten muss. Das

<sup>4</sup> Spohn, Cornelia (Hg.): zweiheimisch – Bikulturell leben in Deutschland, Hamburg 2006.

<sup>5</sup> <https://www.rbb-online.de/schulstunde-heimat/>

<sup>6</sup> Backsteinprojekt e.V. (Hg.): Begegnungen in Lüneburg, Lüneburg 2008.

Verbindende der auch religiös unterschiedlichen Bewohner(innen) Deutschlands ist dabei die freiheitlich demokratische Grundordnung, die eine Einheit in Vielfalt möglich macht.

Forderungen nach Anpassung an ein bestimmtes Deutschlandbild weist der Deutsche Caritasverband zurück. Ausländer(innen), die legal in Deutschland leben, Eingebürgerte und andere Deutsche mit Migrationshintergrund sind Teil der Bevölkerung Deutschlands mit Rechten und Pflichten wie Deutsche ohne Migrationshintergrund auch. Die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit stellt die Geltung der Rechtsordnung sowie der Menschenrechte für Alle nicht in Frage, sondern ist Teil davon.

### 3 Wir-Gefühl entwickeln und Verantwortung teilen

**Es gilt ein Gefühl von Zusammengehörigkeit in einem vielfältigen Land zu entwickeln. Das erfordert die Bereitschaft aller, sich mit Respekt und Achtung zu begegnen sowie Gemeinsamkeiten zu erkennen und zu teilen. Die Entwicklung dieses Gefühls kann insbesondere dadurch gefördert werden, dass alle die gleichen Partizipationsmöglichkeiten haben und Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen können.**

#### 3.1 Teilhabe und Engagement

Integrationspolitik darf nicht vorrangig auf Einzelmaßnahmen zur Förderung von Individuen setzen – so wichtig sie sein mögen. Um die gesellschaftliche Integration voranzutreiben bedarf es vielmehr struktureller Veränderungen und der Aktivierung möglichst vieler Menschen.

Es ist gemeinsam ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das auf Gleichstellung<sup>7</sup> und Selbstbestimmung setzt und Identifikationsangebote auf Basis eines pluralistischen und demokratischen Leitbildes macht. Weiter gilt es, dieses Konzept mit Leben zu erfüllen und die Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die sich durch wechselseitige Verantwortung, Eigeninitiative und Engagement auszeichnet. Jede(r) Einzelne ist ebenso gefragt wie Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur, Sport, Kirchen, Religionsgemeinschaften und andere gesellschaftliche Gruppen.

#### 3.2 Politische Partizipation und Einbürgerung

Volle politische Teilhabe haben in Deutschland nur deutsche Staatsangehörige, sie sind Träger(innen) der Staatsgewalt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, dass Staatsvolk und Wohnbevölkerung nicht zu weit voneinander abweichen, da sonst große Teile der Wohnbevölkerung lediglich Objekte dieser Staatsgewalt sind ohne echte politische Mitspracherechte. Für den Deutschen Caritasverband stellt sich daher die oft diskutierte Frage nicht, ob die Einbürgerung ein Schritt zur Integration ist oder erst an ihrem Ende steht. Er verbindet mit der Einbürgerung vielmehr die Möglichkeit, dass aus faktischen Inländer(inne)n echte Bürger(innen) Deutschlands werden mit allen, insbesondere den staatsbürgerlichen Rechten, Pflichten und Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb sollten die Möglichkeiten der Einbürgerung genutzt und weiter ausgebaut werden. Es gilt, die Eingewanderten und ihre Nachfahren für diesen Schritt zu gewinnen und sie nicht durch hohe Hürden davon abzuhalten. Insbesondere muss für Flüchtlinge, die kaum Chancen haben je in ihr Herkunftsland zurückzukehren, die Möglichkeit der Einbürgerung verbessert werden.

---

<sup>7</sup> Der Deutsche Caritasverband stellt die rechtliche Ungleichbehandlung von Ausländer(innen) nicht grundsätzlich in Frage. Der Gleichbehandlungsgrundsatz gebietet es aber, diese Ungleichbehandlung auf das Notwendige zu reduzieren.

Die Einführung des ius-soli-Prinzips Anfang 2000<sup>8</sup> war ein Schritt in die richtige Richtung. Seit damals erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, wenn ein Elternteil ein unbefristetes Aufenthaltsrecht und seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen Lebensmittelpunkt im Inland hatte. Durch die damit einhergehende Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft wurde der realen Situation der hier Geborenen der zweiten und dritten Generation entsprochen, die sich häufig sowohl dem Herkunftsland der Eltern oder Großeltern als auch der deutschen Gesellschaft zugehörig fühlen. Allerdings waren sie - von Ausnahmen etwa für Kinder von EU-Bürger/innen abgesehen - bis zu einer erneuten Rechtsänderung im Jahr 2014 nach dem so genannten Optionsmodell gezwungen, sich zwischen 18 und 23 Jahren für eine der beiden Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. Diese Regelung war integrationspolitisch problematisch, weil sie junge Deutsche mit ausländischen Eltern trotz Geburt und Wohnsitz in Deutschland sowie deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich zu Mehrstaatler(inne)n, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben haben, schlechter stellte. Im Jahr 2014 wurde das Optionsmodell weitgehend abgeschafft und gilt nun nur noch für junge Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die zwar in Deutschland geboren, aber nicht hier aufgewachsen sind.

Die Haltung zu Mehrfachstaatsangehörigkeit sollte insgesamt überdacht werden. Durch die schon vor 2014 bestehenden Ausnahmen vom Optionsmodell, durch die Zuwanderung von (Spät)Aussiedler(inne)n mit doppelter Staatsangehörigkeit und durch die Zunahme der Zahl binationaler Familien ist die Zahl von Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit in den letzten Jahren stetig gestiegen. Dazu kommen Ausländer(innen), die unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit eingebürgert werden, insbesondere EU-Bürger(innen) und Schweizer(innen). Dass dies nicht zu gravierenden Problemen geführt hat, spricht für eine Erweiterung der Einbürgerungsmöglichkeit unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Insbesondere für ältere Menschen, die fest in Deutschland verwurzelt sind und gleichzeitig die Bindung zum Herkunftsland nicht verloren haben, wäre dies ein Signal, dass sie und ihre Lebensleistung in Deutschland Anerkennung finden.

Nach Auffassung des Deutschen Caritasverbandes darf die Einbürgerung nicht der einzige Weg zu politischer Partizipation sein. Volle politische Teilhabe ist ohne Staatsbürgerschaft nicht möglich. Es werden auf absehbare Zeit aber auch Ausländer(innen) in Deutschland leben, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht erfüllen, oder die aus unterschiedlichen zu akzeptierenden Gründen kein Interesse daran haben. Diese Menschen weitestgehend von politischer Partizipation auszuschließen ist integrationspolitisch kontraproduktiv, da mangelnde Teilhabe ausgrenzend wirkt und die Bildung von Neben-Gesellschaften fördert. In Deutschland verwurzelte Ausländer(innen) sollten deshalb das kommunale Wahlrecht erhalten.<sup>9</sup>

## 4 Was macht die Caritas?

Der Deutsche Caritasverband wirkt als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mit. In seiner Rolle als Solidaritätsstifter arbeitet er mit Pfarrgemeinden, freien Initiativen, Freiwilligenzentren und Ehrenamtlichen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Durch sein Wirken will er zum gesellschaftlichen Miteinander beitragen und die Hürden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund abbauen.

---

<sup>8</sup> Seit dem 01.01.2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, wenn ein Elternteil ein unbefristetes Aufenthaltsrecht und seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen Lebensmittelpunkt im Inland hatte.

<sup>9</sup> Näheres zur Forderung des Deutschen Caritasverbandes nach dem Kommunalen Wahlrecht für Drittstaatler(innen): Positionen des Deutschen Caritasverbandes zum Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer, in: neue caritas 22/2007, S. 31 ff.; Deutscher Caritasverband, „Zusammen sind wir Heimat“ - Sozialpolitische Positionen zur Kampagne 2017, S. 12 ff.

## Deutscher Caritasverband e.V.

Die Arbeit der Caritas dient unter anderem dazu, die Öffentlichkeit und die Politik zu sensibilisieren. Sie will helfen, Barrieren ab- und Vertrauen aufzubauen. Sie unterstützt die Entwicklung von Strukturen, die soziale und gesellschaftliche Partizipation aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Dies geschieht beispielsweise durch ihre Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Zudem schafft der Deutsche Caritasverband Raum für Begegnung und Engagement. Im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres und des ehrenamtlichen Engagements lassen sich Vorbehalte abbauen, Gemeinsamkeiten finden und soziale Kompetenzen aufbauen. Die Caritas sieht es daher als wichtige Aufgabe an, noch mehr als bisher Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für diese wertvollen Tätigkeiten zu gewinnen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch internationale Kulturentage, Filmfestivals oder Stadteilfeste.

Im Rahmen der Jahreskampagne 2017 „Zusammen sind wir Heimat“ wird sich der Deutsche Caritasverband insgesamt darauf fokussieren, mit der alltäglichen Arbeit und mit neu zu entwickelnden Maßnahmen zu einem gelingenden Zusammenleben in einer offenen, vielfältigen Gesellschaft beizutragen.